

Renate Hürtgen

Lesarten des Roten Oktober. Zur linken Aufarbeitung der russischen Revolution/Zur linken Aufarbeitung des 20. Jahrhunderts

(überarbeiteter Podiumsbeitrag, RLS-Tagung, 4. 11. 2017, Berlin)

Die russische Revolution, der Charakter der Epoche und die historischen Erkenntnisgrenzen der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts

Ich möchte in meinem kurzen Beitrag drei Lesarten der russischen Revolution und eine Schlussfolgerung für zukünftige Debatten über eine zum gegenwärtigen Kapitalismus alternative Gesellschaft vorstellen. Nach meinem Verständnis ist eine kritische Aufarbeitung der eigenen linken Geschichte des letzten Jahrhunderts unerlässlich, um eine neue Perspektive für das 21. Jahrhundert entwerfen zu können.

Die russische Revolution und der Charakter der Epoche

Wenn wir die russische Revolution und den Charakter der sogenannten realsozialistischen Gesellschaften begreifen wollen, müssen wir zu allererst über den Charakter der ganzen Epoche reden. Was war das für eine Epoche, in der das uns heute interessierende Ereignis stattfand? Wir dürfen nicht umgekehrt damit beginnen, den Verlauf der revolutionären Ereignisse nachzuzeichnen, Kontinuitäten und Brüche fest zu stellen und die Leninschen Vorstellungen mit der Stalinschen Realität zu vergleichen, in der Hoffnung, damit dem Charakter des Jahrhunderts auf die Spur zu kommen. Uns ist aus dem Blick geraten, dass die russische Revolution lediglich **ein**, wenn auch bedeutendes, Ereignis des 20. Jahrhunderts gewesen ist, und dass es andere wichtige Entwicklungen zu beschreiben gilt, die das 20. vom 19. Jahrhundert so grundsätzlich unterschieden. Starren wir doch einmal nicht nur auf Russland 1917! Wagen wir doch mal die Draufsicht und fragen, wie veränderte sich die kapitalistische Welt am Ende des 19. Jahrhunderts, welche Entwicklungen setzten ein, die für Jahrzehnte prägend wurden? Um dann zu fragen, welchen Stellenwert bekommt in diesen Epochenumbrüchen eine Revolution im Namen des Proletariats und im Namen des Sozialismus?

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, summarisch und eher stichpunktartig, sei daran erinnert, dass die kapitalistische Welt um die Jahrhundertwende in einer Krise steckte; am Beginn des sogenannten dritten Zyklus einer Kondratjewschen Wellenbewegung. Dieser Zyklus begann 1895, wenn man der auch damals diskutierten Krisentheorie folgen will. Demnach fielen die Vorgänge in Russland in den Aufwärtstrend kapitalistischer Entwicklung nach dem 1. Weltkrieg, also der Zeit der bestmöglichen Neuanpassung („Mutation“), der eine zyklische Abwärtsbewegung folgte.¹ Bekannter sind vielleicht die in der Arbeiterbewegung verbreiteten Krisentheorien vom Imperialismus als faulendem und sterbendem Kapitalismus, dem sein Ende bevorstünde. Nach dieser Lesart wurden die Oktoberrevolution und die Staatsgründung der Sowjetunion nicht als Teil dieses kapitalistischen Entwicklungszyklus begriffen, sondern als Beginn einer neuen, sozialistischen Entwicklung. Entsprechend verschieden wurden auch die aufkommenden kollektiven Organisationsformen der veränderten Kapitalreproduktion um die Jahrhundertwende gedeutet, zum Beispiel die Trusts und Kartelle, oder die Rolle von Nationalstaaten, namentlich in den folgenden Weltkriegen. Für die einen waren es Mittel und Methoden, die kapitalistische Verwertung zu optimieren, nicht zuletzt, um aus der Krise

¹ Eine interessante Zusammenfassung dieser damaligen Diskussion findet sich bei Paul Mason, *Lange Wellen, kurzes Gedächtnis*, in: ders., *Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie*. Aus dem Englischen von Stephan Gebauer, Suhrkamp Verlag Berlin 2016, hier: S. 61-82

heraus zukommen; für die anderen läuteten sie das Ende des Kapitalismus ein.² Tatsächlich aber blieb dieses Ende aus, vielmehr entwickelten sich im 20. Jahrhundert neue Formen des Arbeitsregimes und des Massenkonsums – Stichwort „Fordismus“, auch unter dem Begriff „Amerikanismus“ bekannt – die das Lohnarbeiterdasein entscheidend veränderten und dem Kapitalismus neuen Aufschwung verliehen.

Diese Möglichkeit des Rückblicks auf die charakteristischen Vorgänge im 20. Jahrhundert haben wir übrigens unseren Großmeistern Marx und Engels voraus, die lediglich erste Anzeichen einer neuen kapitalistischen Verwertungspraxis und industrieproletarischen Emanzipation beobachten konnten und die daraus fälschlich schlossen, die Überwindung des Kapitalismus stünde unmittelbar bevor.

Die Entwicklung des Kapitalismus zeichnete sich im vorigen Jahrhundert zudem durch eine veränderte Rolle des Staates aus, der, anders als noch im 19. Jahrhundert, viel intensiver als zuvor den liberalen Markt fürs Kapital effektiver gestalten und die gesellschaftlichen Klassengegensätze domestizieren sollte.³ Und nicht zuletzt sei ein Charakteristikum erwähnt, welches für unsere Einschätzung der russischen Revolution erhebliche Bedeutung hat: Das 20. Jahrhundert war vor allem von einem enormen Aufschwung der Arbeiterbewegung geprägt, in dem Sinne, dass das Industrieproletariat seinen Anspruch auf Teilhabe am Fortschritt respektive an der Entwicklung nicht nur anmeldete, sondern in organisierter Art und Weise auch realisierte. Und damit meine ich nicht nur die „Diktatur des Proletariats“, sondern eine namentlich in Westeuropa sich etablierende Parteien- und Gewerkschaftslandschaft, die für einen angemessenen Platz der Lohnarbeiterklasse in der neuen Phase der Akkumulation des Kapitals kämpfte. „Montanmitbestimmung“ und „Wohlfahrtsstaat“ sollen als Stichworte genannt sein. Denkt man die Entwicklungen in West- und Ost als einen Epochenzusammenhang, liegt der Gedanke nahe, das 20. Jahrhundert als Jahrhundert industrieproletarischer Emanzipation zu bezeichnen. Diese Emanzipation hatte einen durchaus widersprüchlichen Charakter: Sie ging mit Unterdrückung und steigender Ausbeutung einher, in den Diktaturen des Ostens bevorzugt mit einem hohen Grad an extensiver Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Der Kapitalismus brach also mitnichten zusammen, vielmehr entwickelte er Industrialisierungsmodelle unterschiedlichster Art. Wie ordnen wir in diese neue Phase der Kapitalakkumulation die russische Revolution ein? Nach der oben erwähnten Krisentheorie stellte die „Modernisierungsdiktatur“ des nachrevolutionären Russland lediglich eine spezifische Form der kapitalistischen Krisenbewältigung, u. a. mit Hilfe eines monopolistischen Partei- und Staatsapparates, dar. Folgen wir dagegen der Theorie des Zusammenbruchs eines faulenden Kapitalismus in seinem Endstadium, war folgerichtig mit dem Staatseigentum in Russland ein neuer, nicht kapitalistischer Typ von Gesellschaft geschaffen. Meinen wir – und dies ist eine dritte Möglichkeit, den Charakter der russischen Revolution zu bestimmen – im nationalisierten und kollektiv geführten Eigentum, Ansätze einer kommunistischen Vergesellschaftung zu erkennen, folgen wir dem Mehrheitsdenken in der Arbeiterbewegung, darunter auch dem der Kritiker am Stalinismus.⁴ Jede Analyse

² Vgl. den Artikel von Willy Huhn, *Manager – keine soziale Revolution*, in dem er, sich auf Marx beziehend, den in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts verbreiteten Gedanken widerlegt, dass sich mit dem kollektiven, von „Managern“ verwalteten Kapitaleigentum, der Charakter der kapitalistischen Produktion auflöste. In: Jochen Gester, *Auf der Suche nach Rosas Erbe. Der deutsche Marxist Willy Huhn (1909 – 1970)*, Die Buchmacherei 2017, S. 273-292.

³ Hier unerwähnt bleiben die Entkolonialisierungsbewegungen, die auf ihre Weise eine Krise des Kapitalismus signalisierten.

⁴ Vgl. diesen Gedanken auch bei Thomas Kuczynski, *Eine bloß formell kommunistische Produktionsweise? Überlegungen zum Scheitern des „Realsozialismus“ aus wirtschaftshistorischer Sicht*, in: LunaPark 21, 39/2017, S.66-70. Für Kuczynski hat – in Analogie zur Marxschen Bestimmung einer formell-kapitalistischen Gesellschaft – die Sowjetunion mit dem Staatseigentum und dem Kommando staatlicher Leiter über die Arbeiter einen

des Charakters des 20. Jahrhunderts und des Charakters der russischen Revolution steht vor diesen Fragen.

In den aktuellen Diskussionen zum 100-jährigen Revolutionsjubiläum sind jedoch solche Perspektiven, die die übergreifenden Entwicklungsdynamiken des 20. Jahrhunderts einbeziehen, äußerst rar. Stattdessen finden sich zahlreiche, wie ich sie nenne, „interne“ Darstellungen des Verlaufs der russischen Revolution. Viele Beiträge entwickeln die Ereignisgeschichte entlang den Vorstellungen und Konzepten der Protagonisten, sie beschreiben die Auseinandersetzungen, respektive den Kampf um die gesellschaftliche Macht- und Einflussnahme. Sie konstatieren Erfolg oder Scheitern der jeweiligen Vorhaben entweder aus den widrigen Umständen (keine Revolution im Westen), aus fehlender „organisatorischer Stärke und klassenkämpferischer Erfahrung“, zum Beispiel bei den Anarchist/innen, die darum ihre Macht nicht ausbauen konnten und bzw. oder aus einer Reihe fehlerhafter Entscheidungen, die im Widerspruch zu den ursprünglichen Zielvorgaben gestanden hätten. Solche Beiträge muten stellenweise wie die Weiterführung der bisherigen Auseinandersetzungen innerhalb der linken respektive Arbeiterbewegung an und leisten damit einer historisch-unkritischen Geschichtsaufarbeitung Vorschub. Ich finde in den diesjährigen Beiträgen zur Russischen Revolution leider wenig von jener Aufbruchstimmung wieder, die die Gruppe Loukanikos vor drei Jahren mit ihrer Diskussion „History is unwritten“ angeregt hatte, in der sie einen Neuanfang linker Geschichtsaufarbeitung einforderte, wozu auch die Zerstörung linker Mythen und Infragestellung bisheriger Tabus gehörten.⁵

Jede Revolution hat ihre „ideale Gestalt“ und „reale Gestalt“, auch die russische Revolution

Eine der merkwürdigsten und in der Geschichte der Aufarbeitung von Revolutionen immer wieder auftauchenden Kurzschlüsse, findet sich, wenn es um das Verhältnis bzw. um den Zusammenhang zwischen den Ideen, den Absichten und Ansprüchen der Revolutionäre/innen und ihrer Realisierung geht. Hartnäckig hält sich die Annahme, dass die wahren Ideen der Revolution im Zuge ihrer Realisierung verraten worden seien. Tatsächlich aber gehört es zum historischen Verlauf jeder bisherigen Revolution, dass die sie vorantreibenden Ideen nie ihre Entsprechung in den nachrevolutionären Verhältnissen gefunden haben. Thomas Kuczynski verweist im Zusammenhang mit der russischen Revolution ebenfalls darauf, dass Revolutionen stets in anderer Absicht begonnen werden als sie dann erscheinen. Er zitiert Engels mit dem Satz „... dass die gemachten Revolutionen, jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah.“⁶ Aber warum war bzw. ist das so?

Marx und Engels haben den Gedanken vom notwendigen Auseinanderfallen revolutionärer Vorstellungen und revolutionärer Ergebnisse am Beispiel der französischen Revolution von 1789 entwickelt. Sie sprachen von „der idealen und der realen Gestalt“ und deckten ihren Zusammenhang so auf: Die Ideen vom Menschenrecht auf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, konnten die Revolutionäre unterschiedlicher Klassen und Schichten nur darum so grandios mobilisieren, weil ihr Anspruch für alle Menschen gleichermaßen galt. Diese naturrechtlichen Menschheitsideale hätten jedoch zugleich – nach Marx – den bürgerlichen Inhalt der Revolution verschleiern. Erst in der Realität hätte sich ihr beschränkter Klassencharakter gezeigt, darunter auch ihr „hässliches“ Gesicht als

formell-kommunistischen Weg eingeschlagen, der jedoch nicht zur Ausbreitung kommunistischer Gesellschaftlichkeit geführt hätte.

⁵ Vgl. AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hg.), *History is unwritten*. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch, edition assemblage, Münster 2015.

⁶ Thomas Kuczynski, *Eine bloß formell kommunistische Produktionsweise? Überlegungen zum Scheitern des „Realsozialismus“ aus wirtschaftshistorischer Sicht*, in: LunaPark 21, 39/2017, S.66-70. Kuczynski zitiert aus Engels Brief an Vera Sassulitsch, 23. April 1885, in: MEW 36, S.307.

Gesellschaft der Ungleichheit und der Freiheit des Marktes. Die französische Revolution sei also nicht verraten, nicht fehlgeleitet oder durch widrige Umstände von ihren eigentlichen Zielen abgehalten worden, nein, sie zeige nun ihre „wahre Gestalt“. ⁷ Zugleich eröffnete der allgemeine Anspruch, für jedermann Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu errichten, die historische Möglichkeit, die verschiedensten Klassen und Gruppen der französischen Gesellschaft in der Revolution für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren. ⁸

Warum sollten diese historischen Erfahrungen für die russische Revolution keine Geltung haben? Demnach stünde vor uns also die Aufgabe, die „ideale Gestalt“ der russischen Revolution, in der das Ziel der Errichtung einer solidarischen sozialistischen Gesellschaft formuliert worden war, auf ihren „realen Gehalt“ hin zu überprüfen. Das hieße zum einen, den Inhalt des sozialistischen Anspruchs auf seinen rationalen Kern zurück zu führen (Was meinte sozialistisch damals eigentlich in der Arbeiterbewegung?) Zum anderen, die verschiedenen Erscheinungen der nachrevolutionären Gesellschaften, darunter auch die „hässlichen“ Gestalten des Realsozialismus, einschließlich seiner diktatorischen und terroristischen Seiten, als Produkt einer Revolution zu begreifen, die sich die Befreiung des Proletariats und damit der ganzen Menschheit auf die Fahne geschrieben hatte. ⁹

Die Debatte über den Charakter der „nachrevolutionären Gesellschaften“ und die historischen Erkenntnisgrenzen der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts

Das, was die französische Aufklärung für die bürgerliche Revolution von 1789 gewesen ist, war die frühe Ideengeschichte der Arbeiterbewegung, einschließlich der Theorien von Marx und Engels, für die russische Revolution von 1917. So, wie in der Aufklärung die unterschiedlichsten auch gegensätzlichen Vorstellungen über eine bürgerliche Gesellschaft aufeinandertrafen, gerieten die Vertreter/innen verschiedener Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung in einen erbitterten Streit, namentlich um den richtigen Weg hin zu einer sozialistischen Gesellschaft. Nach der russischen Revolution, und vor allem mit der Stalinschen Repressionspolitik, gingen die Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung nun vor allem darum, welcher Natur die russische und darüber hinaus die „nachrevolutionären Gesellschaften“ überhaupt waren. Obwohl, wie ich behaupte, selbst die klügsten Köpfe nicht eine solche Rückschau auf ihr Jahrhundert werfen konnten wie es uns heute möglich ist, sind solche Auseinandersetzungen nicht nur aus historischem Interesse spannend nachzulesen; ihre Erkenntnisgrenzen lassen uns besser begreifen, wie wir heute „weiterzudenken“ haben.

Am Beispiel einer Debatte, die im November 1977 zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution in Venedig stattgefunden hatte, möchte ich diesen Gedanken konkretisieren und zugleich Überlegungen für unsere aktuelle Diskussion anschließen. ¹⁰ Eingeladen von der oppositionell-kommunistischen italienischen Tageszeitung *Il Manifesto* trafen sich KommunistInnen, SozialistInnen und sonstige MarxistInnen aus Ost- und Westeuropa, um sich über Herrschaft und Herrschaftsausübung in den „nachrevolutionären Gesellschaften“ auszutauschen. ¹¹ Das erklärte Ziel der Teilnehmer/innen war es, Gemeinsamkeiten zwischen

⁷ Was Marx folgerichtig auch nicht empfahl, ist, das „überflüssige Geschäft“ vorzunehmen, den „ideellen Ausdruck selbst wieder realisieren zu wollen“, sei dieser doch „in der Tat nur das Lichtbild dieser Realität.“ Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, 1953, S.160.

⁸ Marx und Engels gingen von der historischen Erfahrung aus, dass jede neue Klasse ihre Ideen und Ansprüche auf immer breitere gesellschaftliche Basis stellen müsste, um sie verwirklichen zu können.

⁹ Die Jakobiner und der Thermidor, das Direktorium, das Konsulat und Napoleons Eroberungskriege gehörten alle auch zu den Ergebnissen der franz. Revolution.

¹⁰ Vgl. Bettelheim, Mézarós, Rossanda u.a. *Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften*, edition suhrkamp 1979.

¹¹ Nicht geladen waren Vertreter trotzkistischer, marxistisch-leninistischer, aber auch bestimmter eurokommunistischer, libertärer und sozialistischer Konzepte. Von ihnen erwartete man nicht, dass sie einen produktiven Beitrag würden leisten können.

Ost und West im Kampf um eine sozialistische Perspektive zu erörtern. Eine solche übergreifende Praxis schien möglich, weil die zahlreichen Erfahrungsberichte den Schluss zuließen, dass es auch in den realsozialistischen Ländern Herrschaft, Lohnarbeit, ökonomische Ausbeutung und Klassenkampf gab. In der Frage danach, ob es sich nun um eine kapitalistische oder vielleicht eine ganz andere Herrschaftsform handele, gab es keine Einigung, was der Diskussion um ein gemeinsames Handeln offensichtlich keinen Abbruch tat.

Für uns allerdings ist die Debatte über den Charakters der „nachrevolutionären Gesellschaften“ von großer Bedeutung, weswegen wir sie unbedingt wieder aufnehmen sollten. Wir sind bis in die Gegenwart hinein mit sich sozialistisch nennenden Bewegungen konfrontiert und müssen uns als Linke immer wieder neu die Frage stellen: Sind das tatsächlich antikapitalistische Bewegungen und Revolutionen? Oder sind es Emanzipationsbewegungen im Kapitalismus? Wie wollen wir uns in der kapitalistischen Gegenwart zurecht finden, wenn wir nicht entschieden haben, ob es sich bei den „Realsozialismen“ des vorigen Jahrhunderts um Gesellschaften mit modifizierten Strukturen kapitalistischer Verwertung handelte, um Übergangsformen zu einer sozialistischen Gesellschaft oder um eine ganz neue Herrschafts- und Unterdrückungsgesellschaft, die in einer Sackgasse enden musste? Und schließlich müssen wir uns angesichts der Tatsache, dass der Kapitalismus wieder mal ein ganz anderes Gesicht zu zeigen beginnt, fragen, ob ihn vielleicht eine „unerhörte“ (...) „von den Linken stets unterschätzt(e)“ (...) „Elastizität“¹² auszeichnet, die es nahelegte, die staatseigentümliche Variante dieser Gesellschaften in die Epoche eines globalen Kapitalismus einzufügen?

Der erwähnte Kongress von Il Manifesto fand in einer Zeit statt, in der die antistalinistische Linke aller Lager und Strömungen Konzepte eines sozialistischen Weges und die Frage nach dem Charakter der realsozialistischen Länder heftig diskutierte.¹³ Die größte Verbreitung unter Linken hatte seinerzeit die Auffassung gefunden, „dass in den Regimes des Ostens zwar die Produktionsverhältnisse sozialistisch seien, nicht aber der politische Überbau.“¹⁴ Das Privateigentum sei demnach aufgehoben und die Kapitalisten enteignet, der Überbau jedoch hätte eine Parteidiktatur, eine Bürokratie, einen autokratischen Diktator u.ä.m. hervorgebracht. Solche Auffassungen fanden auch in den eurokommunistischen Parteien Italiens und Spaniens damals Verbreitung, die sich auf diese Weise gegen Stalins Terror, nicht aber gegen die verstaatlichten Eigentumsverhältnisse als „sozialistische“ Vergesellschaftung, wandten.

Auf dem Kongress setzten namentlich die Veranstalter/innen einem solchen Sozialismuskonzept gewichtige Argumente entgegen. Rossana Rossanda betonte, dass nach dieser Lesart der Kampf für eine sozialistische Entwicklung folgerichtig auf die politische Ebene beschränkt bliebe, auf den Kampf um mehr Demokratie, Mitbestimmung und Einflussnahme der Arbeiter/innen. Tatsächlich aber – so Rossanda – sei der Kampf um eine sozialistische Gesellschaft ein ökonomischer, es ginge um eine Gesellschaft, die einer ganz anderen „ökonomischen Logik“ folge.¹⁵ Und Charles Bettelheim, der inzwischen aus eigener Erfahrung als Wirtschaftsberater in realsozialistischen Ländern wusste, dass der Weg zum Sozialismus mit der juristischen Abschaffung des Privateigentums nicht frei

¹² „In gewissem Sinne ist Marx unerschöpflich“, Interview mit Thomas Kuczynski, in: Berliner Zeitung, Nr. 18, 21./22. Januar 2017, S. 6.

¹³ Einen entscheidenden Anlass hatte die veränderte kommunistische Parteienlandschaft, namentlich der Eurokommunismus, geliefert, mit dem sich auch auf dem Kongress kritisch auseinandergesetzt wurde.

¹⁴ Fernando Claudin, Eurokommunismus und antagonistische Gesellschaften eines neuen Typs, in: Bettelheim, Mészáros, Rossanda u.a. *Zurückforderung, a.a.O.*, S. 223. Claudin bezieht sich hier kritisch auf solche Meinungen.

¹⁵ Bettelheim, Mészáros, Rossanda u.a. *Zurückforderung, a.a.O.*; S. 30.

werden würde, versuchte den Anwesenden den Gedanken plausibel zu machen, dass Staatseigentum kein sozialistisches Eigentum sei.¹⁶

Das Sozialismusbild des 20. Jahrhunderts ...

Das historisch Bedeutsame an dem Kongress in Venedig war also nicht nur, dass die Teilnehmer/innen eine ost-west-übergreifende Position eingenommen hatten, sich als **eine Arbeiterbewegung** verstanden, die dem Realsozialismus eine andere Perspektive entgegensetzen sollte. („Zurückforderung der Zukunft“ lautete das Tagungsmotto.) Sie waren darüber hinaus angetreten, das Sozialismus**bild**, die „ideale Gestalt“ dahingehend zu befragen, ob sich hier eine Vorstellung von Sozialismus verbergen würde, die den Charakter der „nachrevolutionären Gesellschaften“ erklären helfen könnte. Solche Hinterfragungen rührten an den sozialistischen Grundfesten. Wer sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung etwas auskennt, weiß, dass die Idee von der Inbesitznahme des Staates als Weg in den Sozialismus in allen sozialdemokratischen und den meisten kommunistischen Strömungen Konsens war. Im Alltagsbewusstsein der Arbeiter/innen ohnehin.¹⁷ Zwar unterschieden sie sich erheblich darin, was die Rolle der Partei oder die der Massenbewegung betraf, vor allem auch, auf welchem Weg diese Übernahme zu geschehen hätte. Die Vorstellungen jedoch von einem Sozialismus, in dem die Wirtschaft verstaatlicht bzw. nationalisiert ist, der weitgehende Mitspracherechte an der Produktion, demokratische Teilhabe an der Gesellschaft garantieren und im besten Fall eine Staatsform schaffen würde, die im Interesse der Arbeiter/innen agierte, war in der linken und Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts das vorherrschende Bild einer sozialistischen Zukunft.

Interessanterweise haben weder Rossanda noch jene Genoss/innen, die dem nichtsozialistischen Charakter des verstaatlichten Eigentums auf den Grund gehen wollten, beschreiben können, wie die staatseigentümliche „Logik“ durchbrochen werden und wie eine Vergesellschaftung aussehen könnte, die nicht wieder zu ökonomischen Herrschaftsverhältnisse führte. Staatseigentum plus mehr Freiheitsrechte und Demokratie – selbst wenn sie als „militante Demokratie“ verstanden wird – war von ihnen als sozialistische Perspektive verworfen worden. Was jedoch an die Stelle des „Staatseigentums“ treten müsse, blieb vage. Immerhin kommt Rossanda zu einem bemerkenswerten Schluss: „Eine ‚neue sozialistische Ordnung‘ ist nicht die Summe der Selbstverwaltung aller vom Kapitalismus übernommenen Einzelteile; sie ist vielmehr deren Auflösung und Wiederausammensetzung nach einer anderen Logik; sie ist eine andere Produktion mit anderen gesellschaftlichen Subjekten.“¹⁸

Linke Theoretiker/innen wie Rossanda hatten also schon in den 1970er Jahren des vorigen Jahrhunderts erkannt, dass die überkommenen und zu ihrer Zeit diskutierten Vorstellungen von einer sozialistisch organisierten Gesellschaft durchaus ihre Entsprechung in den Realitäten der „nachrevolutionären Gesellschaften“ gefunden hatten. Salopp formuliert: Guckt Euch die revolutionären Verheißungen näher an, entschleiern sie, dann erkennt ihr

¹⁶ Vgl. auch Bettelheims kürzlich erstmals auf Deutsch erschienene Analyse sowjetischer Verhältnisse: Bettelheim, Charles, *Die Klassenkämpfe in der UdSSR*. Dritter und vierter Band, deutsche Erstausgabe, Die Buchmacherei, Berlin 2016.

¹⁷ Vgl. z.B. Willi Huhn, Staatskapitalismus und Sozialismus, in: Jochen Gester (Hg.), *Auf der Suche nach Rosas Erbe. Der deutsche Marxist Willy Huhn (1909 – 1970)*, Die Buchmacherei 2017, S. 246-249.

¹⁸ a.a.O. S. 30. Und nach welcher Logik funktionierten – nach Rossanda - die aktuellen nachrevolutionären Gesellschaften? Es seien Gesellschaften, in denen unter der formalen, juristischen Natur der neuen Macht sowohl die alten Konflikte zwischen LohnarbeiterInnen und BesitzerInnen der Produktionsmittel als auch neue Konflikte hervorgingen.

darin die Idee vom verstaatlichten und/oder nationalisierten Eigentum wieder, die ihre „reale Gestalt“ in den „nachrevolutionären Gesellschaften“ fand.

... konnte nicht das Sozialismusbild des 21. Jahrhunderts sein

Was Rossanda u.a. jedoch offensichtlich nicht leisten konnten, war, im Anschluss an ihre Kritik an den herrschenden sozialistischen Ideen und der realsozialistischen Praxis eine konkrete Alternative zu formulieren. Welches wäre denn die neue Logik des Produzierens, die Rossanda behauptet? Und welche „anderen gesellschaftlichen Subjekte“ müssten die Bühne der Geschichte betreten haben, um eine solche „neue sozialistische Ordnung“ zu etablieren?

Rossana Rossanda und Genoss/innen haben in einer Zeit über Alternativen nachgedacht, in der die Emanzipation der Arbeiter/innen auf der historischen Tagesordnung gestanden hatte und neue „emanzipatorische Subjekte“ neben dem Industrieproletariat - etwa in den sogenannten neuen sozialen Bewegungen der 1968er Revolution in Westeuropa – erst in Ansätzen erkennbar waren. Hätten sie also überhaupt ein Vergesellschaftungsmodell entwerfen können, das über die Vorstellungen ihres Jahrhunderts und die der Arbeiterbewegung, deren Teil sie waren, hinausreichte? Das ist zugleich die Frage danach, welche Grenzen dem Denken und Handeln von Menschen durch ihre Zeit und ihre geschichtliche Aufgabe gesetzt werden.

Wir dagegen befinden uns bei der Suche nach einer Antwort derzeit in einer äußerst vorteilhaften Lage. Erst heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, wo sich ganz neue Entwicklungen zeigen, treten die Konturen des 20. Jahrhunderts derart deutlich hervor. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Gesellschaften in Ost und West werden kenntlicher. Zugleich können die Potentiale und die Defizite dieser verschiedenen Entwicklungswege in Ost und West nun (endlich!) ohne die kriegerische Rhetorik der sogenannten Systemauseinandersetzung herausgearbeitet werden.

Vor allem aber – und das ist die entscheidende Grundlage dafür, eine antikapitalistische Perspektive neu zu denken – hat sich unsere Lebens- und Arbeitswelt seitdem gewaltig gewandelt und damit unser Anspruch auf eine andere Art von Leben. Die Zusammensetzung der Klasse der Lohnarbeiter/innen hat sich verändert, neue „Subjekte“ haben die Bühne betreten, die eine „bessere Welt“ für möglich halten und für sie auf die Straße gehen. Von „Selbstorganisation“ und „Selbstermächtigung“ ist die Rede, von einer anderen Art zu produzieren, welche das kapitalistische Wert- und Profitgesetz außer Kraft setzen soll. Das jedoch sind alternative Vergesellschaftungsvorstellungen des 21. Jahrhunderts, die zuvor so nicht denkbar waren; sie zu entwerfen bleibt unsere Aufgabe.